



Militär-Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Er erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. ... Druck, Verlag und Schriftleitung: Speiser Gsch. Wildbad, Wilhelmstraße 151.

Nummer 45 Februar 1927 Donnerstag den 24. Februar 1927 Feuilleton 179 62. Jahrgang

Das besetzte Ostpreußen

Ostpreußen ist die letzte deutsche Kolonie geworden. Durch den polnischen Korridor vom Mutterlande getrennt, steht es jedem Angriff seiner umliegenden Nachbarn offen.

Das Deutsche Reich hatte anaesichts dieser unverhüllten Raubgier des neu erstandenen polnischen Staates keine sogenannte Offsetzung Königsberg im Rahmen der Bestimmungen des Versailler Vertrags als Verteidigungsposten erhalten.

Es gärt aber überhaupt in dem polnischen Herentkessel. Wohnen doch in Polen zwölf Millionen Fremdvölker, denen das Selbstbestimmungsrecht verweigert ist.

Wenn es Polen gelüftet, seine Hände nach Ostpreußen auszustrecken oder Litauen einzuwerfen, dann marschieren die rote Armee. Der Völkervertrag für solche Fälle hat Artikel 16 geschaffen, der sich mit den „Kriegsverbrechern“

Tagespiegel

Der Reichshaushalt soll vom Reichstag noch vor den Osterferien verabschiedet werden. Der preussische Landtag hat einen Mißtrauensantrag gegen den Wohlfahrtsminister Hertfelder mit 224 gegen 47 und einen Mißtrauensantrag gegen Kultusminister Beder mit nur 200 gegen 194 Stimmen abgelehnt.

Der ehemalige Reichsminister des Innern, Dr. Kütz, (Dem.) hat auf seine Berufung als Innenminister in Sachsen verzichtet, da verschiedene bürgerliche Parteien sich gegen seine Berufung erklärten. König Gustav von Schweden wurde in Rom vom Papst empfangen und hatte mit ihm eine 20 Minuten dauernde Unterredung.

Neue Nachrichten

Die Begnadigungen im Reich

Berlin, 23. Febr. Bemerkenswert sind die Mitteilungen, die in der gestrigen Reichstagsitzung Reichsjustizminister Herget über die Begnadigungen im republikanischen Reich gemacht hat.

Verhaftung deutscher Gendarmen durch Franzosen

Speyer, 23. Febr. Gestern vormittag fuhr ein französischer Personkraftwagen und zwei französische Lastautos, besetzt mit einem Offizier, einem Gendarmen in Uniform und einem Beamten in Zivil, sowie einem Zollwächter aus Lachen bei Neustadt vor die deutsche Gendarmeriestation Winden vor und verhafteten den Stationskommandanten.

Die Verhaltung ist nach der „B.Z.“ auf folgendes Verbot zurückzuführen: Am 15. Februar war eine Gruppe von 17 jungen Leuten, die sich angeblich für die Fremdenlegion verpflichtet hatten und unter Begleitung eines französischen Soldaten in Zivil nach Weissenburg fuhren.

Kanonendonner vor Schanghai

Schanghai, 23. Febr. Die auf der Jangtsefährde liegenden chinesischen Kriegsschiffe Suntschuanfangs und der Nordregierung haben am 22. Februar gemeutert und die Vorstädte von Schanghai beschossen, als auf den Schiffen die auf Befehl Suntschuanfangs vollzogenen Massenhinrichtungen bekannt geworden waren.

Verteidigung von Schanghai durch das Nordheer?

London, 23. Febr. Reuter meldet aus Schanghai: Der Gouverneur von Schanghai, General Tschangtsungtschanga, ist in Hangking (am Jangtse, westlich von Schanghai) eingezogen und hat auf Grund einer Vereinbarung mit Suntschuanfang die Herrschaft über die Stadt übernommen.

Suntschuanfang legt den Oberbefehl nieder

laut „Times“ hat Suntschuanfang sein Amt niedergelegt und den Befehl über den Rest seiner Streitkräfte in die Hände des Generals Linhsianating gelegt. Die Schanghai-Streitkräfte haben den Vormarsch nach Südkianglu begonnen; es sei jedoch noch nicht bekannt, ob auf Grund einer Vereinbarung mit den Kantoneien oder um ihnen Widerstand zu leisten.

Englische Aufforderung an Frankreich

Paris, 23. Febr. Der englische Botschafter hatte gestern mit Briand eine Unterredung über die Lage in China. Nach den Blättern suchte der Botschafter Briand zu bewegen, daß Frankreich an einem Vorgehen gegen China sich beteilige.

Eine deutsche Meldung aus Schanghai

Die deutsche Handelskammer in Schanghai meldet unterm 22. Februar, in Schanghai sei alles ruhig; zu Befürchtungen sei derzeit kein Anlaß.

Minister Tscheng erklärte einem englischen Berichterstatter: Die Zeit ist gekommen für China, wo das Leben und Eigentum der Ausländer weniger sicher sind unter dem Schutz fremder Truppen als unter der nationalen Regierung.





